

AußenwirtschaftsNews – USA

11/2024

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, China sowie Mittel- und Osteuropa.

Veranstaltungshinweis

Am 10. Dezember 2024 interpretiert die vbw mit Expert*innen die Ergebnisse der US-Wahl und diskutiert deren Auswirkungen auf die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Interessierte können sich für den [Dialog International](#) in Kooperation mit dem Amerikahaus München kostenfrei anmelden.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im dritten Quartal 2024 auf Jahresbasis hochgerechnet um 2,8 Prozent gewachsen. Die Wirtschaft, wurde durch robuste Verbraucherausgaben angekurbelt. Diese stiegen im dritten Quartal um 3,7 Prozent im Jahresvergleich, fast einen ganzen Prozentpunkt mehr als im Vorquartal.
- Auch die Exporte stiegen sprunghaft an, und zwar um 8,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Staatsausgaben stiegen um 9,7 Prozent, im zweiten Quartal waren es noch 4,3 Prozent. Die Unternehmensinvestitionen zeigten gute Ergebnisse, die Ausgaben für Ausrüstung stiegen um 11,1 Prozent.
- Der IWF rechnet für die USA in diesem Jahr mit einem Wachstum von 2,8 Prozent, was einer Verbesserung um 0,2 Prozentpunkte gegenüber der Juli-Prognose entspricht. Noch vor einem Jahr hatte der IWF einen Rückgang des US-Wachstums auf 1,5 Prozent im Jahr 2024 vorausgesagt. Für 2025 prognostiziert der IWF für die USA ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent und damit 0,3 Prozentpunkte mehr als im Juli. Der Fonds geht davon aus, dass die Verbraucherpreise in den USA im nächsten Jahr um 1,9 Prozent steigen werden. Dies bedeutet, dass der pandemiebedingte Preisanstieg vorüber ist und die Inflation im nächsten Jahr wieder den Zielwert der US-Notenbank erreichen wird.
- In der US-Wirtschaft sind im Oktober lediglich 12.000 neue Stellen geschaffen worden. Erhebliche Störungen durch zwei Hurrikane und der Streik bei Boeing und einen kurzen Hafestreik haben die Schaffung von Arbeitsplätzen eingeschränkt. Die

- Arbeitslosenquote blieb jedoch bei 4,1 Prozent – ein Hinweis darauf, dass der Arbeitsmarkt noch immer stabil ist.
- Anfang November hat die US-Notenbank Fed den Zinssatz um 0,25 Prozentpunkte gesenkt, nachdem der Satz bereits im September um 0,5 Prozentpunkte gesenkt wurde. Solange sich der Arbeitsmarkt stabil hält, ist es unwahrscheinlich, dass der Notenbankvorsitzende James Powell von seinem politischen Ausschuss eine weitere deutliche Zinssenkung durchsetzen wird.
 - Die US-Industrieproduktion ist im September zurückgegangen, wobei die Gesamtproduktion durch Naturkatastrophen und einen einmonatigen Streik der Boeing-Arbeiter, der einige Flugzeugmontagewerke lahmlegte, ins Stocken geraten war. Die Industrieproduktion ging im vergangenen Monat stärker als erwartet um 0,3 Prozent zurück und machte damit einen Anstieg von 0,3 Prozent im August wieder wett.
 - US-Arbeiter sind produktiver als ihre Kollegen in Europa und Japan. Arbeiter profitieren von Innovationen, in Form von modernen Maschinen und Software, die ihnen eine effizientere Arbeit ermöglichen. Basierend auf Untersuchungen des Economist wird der durchschnittliche US-Arbeitnehmer in diesem Jahr Waren und Dienstleistungen im Wert von 171.000 Dollar produzieren, verglichen mit 120.000 Dollar für einen europäischen Arbeitnehmer und 96.000 Dollar für einen japanischen Arbeitnehmer. Laut einer Analyse der Daten des Conference Board durch den Economist ist die Stundenproduktivität der Amerikaner seit 1990 um 70 Prozent gestiegen. In Europa beträgt sie dagegen nur 29 Prozent und in Japan 25 Prozent. Laut Economist verdanken die USA ihren Status als Wirtschaftsmacht einem robusten Geschäftsumfeld, in dem Arbeitnehmer häufig den Arbeitsplatz wechseln und neue Unternehmen entstehen. Diese Bedingungen führen zu einem dominanten Technologiesektor und anderen lukrativen Branchen, die wirtschaftlichen Wert schaffen. Allerdings nimmt das Produktivitätswachstum weltweit ab, auch in den USA, was eine schlechte Nachricht für das globale Wirtschaftswachstum ist. KI könnte diesen Trend umkehren. Einige Ökonomen sind optimistisch, dass sie die Produktivität steigern und die Wirtschaft ankurbeln wird, aber der IWF zitiert Experten, denen zufolge die Regierungen mehr tun müssen, um ein wettbewerbsfähiges Umfeld zu fördern und kleinere Unternehmen zu unterstützen.
 - Eine große Lithium-Entdeckung in Arkansas könnte ein Boom für die grüne Wende sein. Geologen gaben Anfang November bekannt, dass ein unterirdisches Reservoir im Bundesstaat bis zu 19 Millionen Tonnen Lithium enthalten könnte, ein wichtiges Material für Batterien von Elektrofahrzeugen. Der Vorrat würde den weltweiten Bedarf mehr als decken. Exxon Mobil und der deutsche Chemiekonzern Lanxess investieren in die Lithium-Erschließung in der Region.

2 Handelspolitik

- In einem Pressestatement zum Ausgang der US-Wahl sieht Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. mit Sorge, dass die bayerische Wirtschaft unter einem US-Präsidenten Donald Trump mit neuen

Strafzöllen konfrontiert sein könnte. Diese würden Produkte bayerischer Hersteller teurer und damit weniger wettbewerbsfähig auf dem US-Markt machen. Zudem kann eine weitere Schwächung des Welthandels durch einen Konflikt zwischen den USA und China die Unsicherheiten der Unternehmen verstärken. Und nicht zuletzt wird Trumps unberechenbarer Regierungsstil für vier schwierige und schwer kalkulierbare Jahre in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen sorgen.

- Berechnungen von Ökonomen und Think Tanks zufolge würden die Zölle jedoch für höhere Verbraucherpreise in den USA führen, weshalb abzuwarten ist, inwieweit der künftige US-Präsident seine Ankündigungen tatsächlich umsetzt.
- Zu befürchten ist auch eine Schwächung oder gar Beendigung des EU-US-Handels- und Technologierats (EU-US-Trade and Technology Council), in dessen Rahmen in den letzten Jahren Erleichterungen im EU-US-Handel erzielt wurden, u.a. auch, dass bestimmte EU-Exporte (u.a. Elektro-Fahrzeuge bei Leasing) in den Genuss der IRA-Unterstützungsmaßnahmen kommen.

3 Allgemeine Politik

- Donald Trump hat einen deutlicheren Sieg in den US-Wahlen hingelegt als erwartet. Er konnte alle Swing States für sich entscheiden und hat anders als noch 2016 auch die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen bekommen (50,7 Prozent).
- Nach der Wahl Donald Trumps zum 47. Präsidenten der USA und einem mehrheitlich republikanischen Kongress (Senat und Repräsentantenhaus) hat er außerordentlich große Gestaltungsmöglichkeiten für seine Politik. Die US-Aktienmärkte reagierten angesichts der von Trump angekündigten Deregulierungsmaßnahmen und Steuersenkungen für Unternehmen euphorisch. Allerdings würden diese im aktuellen konjunkturellen Umfeld inflationstreibend wirken. Die Finanzierung der Steuersenkungen müsste über höhere Defizite erfolgen, was die Staatsschulden erhöht und somit die Stabilität der Gesamtwirtschaft gefährdet.
- Ausschlaggebend für die Wahl war die Steigerung der Popularität von Donald Trump in den Minderheiten. Er legte bei allen Wählern zu, auch bei Afro-Amerikanern, lateinamerikanischen und asiatischen Minderheiten, am meisten aber bei jungen Männern. Ihnen gehen die linke Identitätspolitik, die Kritik an Männern und das neue Männerbild zu weit.
- Die wichtigsten Themen im Wahlkampf waren Wirtschaft (Inflation) und Migration, wo Trump wesentlich mehr Kompetenzen zugeschrieben werden als Harris.
- Die parteipolitische Spaltung des Landes zeigt sich auch auf dem Markt für Elektrofahrzeuge: Der größte Anteil der Neukäufe von Elektrofahrzeugen entfällt auf die Hochburgen der Demokraten, der kleinste Prozentsatz auf die Bastionen der Republikaner.
- Trump gibt nach und nach seine Nominierungen für die Kabinettsmitglieder und Leitungen von wichtigen Bundesbehörden bekannt. Diese Nominierungen müssen grundsätzlich vom Senat bestätigt werden, was sich bis nach dem offiziellen Amtsantritt des Präsidenten am 20. Januar 2025 ziehen kann. Bisher hat Trump einige umstrittene

Persönlichkeiten nominiert, darunter den Fox-News-Moderator Pete Hegseth als Verteidigungsminister und die ehemalige Wrestling-Veranstaltungsmanagerin Linda McMahon als Bildungsministerin. Der Geschäftsmann Howard Lutnick soll Handelsminister werden. Er hatte sich im Wahlkampf deutlich für Zölle ausgesprochen. In der Vergangenheit wurden Nominierungen zurückgezogen, insofern sich eine Niederlage vor dem Senat abzeichnete.

- Die Trump-Administration will die Einwanderung verschärfen, illegale Einwanderer abschieben, Energie-Autarkie durch die Forcierung von Fracking und Ölbohrungen erreichen, Regulierung abbauen, die Klimapolitik zurückdrehen, Steuern senken und Investitionen fördern. Außenpolitisch geht es Trump um die Eindämmung Chinas, maximalen Druck auf Iran und die Reduzierung militärischer Risiken für die USA. Aber Trump ist kein Kriegstreiber, im Gegenteil: Er wird sich aus unkalkulierbaren Risiken heraushalten.
- Die europäische Rüstungs- und Verteidigungsindustrie rechnet nach der Wahl mit mehr Aufträgen. Trump hat bereits in seiner ersten Amtszeit darauf hingewirkt, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernimmt. Experten erwarten, dass die EU-Staaten ihre Ausgaben für Verteidigung erhöhen. Diese Mittel stehen dann an anderer Stelle nicht mehr zur Verfügung; insbesondere nicht für die notwendigen Investitionen in Transformation, Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Resilienz etc.
- Die amerikanische Handelskammer in Deutschland (AmCham) hat eine [Umfrage](#) unter ihren Mitgliedern veröffentlicht, an der 87 Unternehmen teilgenommen haben. Demnach erwarten rund 93 Prozent der Befragten sehr starke oder starke Auswirkungen der Wahlen auf die transatlantischen Beziehungen, fast 90 Prozent auch auf die transatlantischen [Wirtschaftsbeziehungen](#). Die Mehrheit erwartet, dass unter der Trump-Administration eine Zusammenarbeit beim Abbau von Handelsbarrieren, bei der China-Politik, beim Klimaschutz und auch bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unwahrscheinlicher wird. Unter den genannten Themen ist bei letzterem der Prozentsatz derjenigen, die erwarten, dass EU und USA zusammenarbeiten, noch am höchsten (rund 41 Prozent).
- Im [vbw Podcast](#) spricht Prof. Dr. Klaus Stüwe von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt darüber, was das Wahlergebnis für Bayern und Deutschland bedeutet. Europa und Deutschland müssen sich auf deutliche Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen einstellen. Man kann damit rechnen, dass US-Präsident Trump die politische Agenda - zumindest bis zu den Midterm-Elections 2026 - bestimmen wird.
- Eine neue [vbw Studie](#) zeigt, dass der US-Inflation Reduction Act (IRA) zu Wettbewerbsnachteilen für bayerische Unternehmen führt, diese aber begrenzt sind. Es besteht ein Anreiz in den USA zu investieren bzw. dorthin zu verlagern, was aber an der grundsätzlichen Attraktivität des Standorts USA sowie den schlechten Bedingungen in Deutschland liegt. Unklar ist, wie es mit dem Inflation Reduction Act (IRA) weitergeht. Im Wahlkampf hatte Trump angekündigt, vor allem die Fördergelder für grüne Energie zu stoppen. Allerdings könnte hier Widerstand aus der eigenen Partei kommen, da der IRA in

vielen ländlichen und strukturschwachen Regionen, die von Republikanern im Kongress vertreten sind, positive Impulse gesetzt hat.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
eva.apfel@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.